

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

Fortsetzung der Sitzung vom 16. Mai.

Der Antrag Nr. 388, Punkt 5 der Tagesordnung, lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, alsbald eine durchgreifende Reform der ersten Kammer in der Weise einzuleiten, daß in ihr auf Grund eines Wahlrechts die Berufsstände eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung finden,
2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Abg. Heitner (M.):

Noch immer habe das deutsche Volk im schwersten Ringen. Man wisse nicht, ob bald Frieden werde, und welcher Frieden komme. Sei es da wirklich Zeit und Gelegenheit zu umfassenden Neuerungen? Eine Revolution, wie man sie jetzt in Rußland erlebt habe, sei ein Zeichen innerer Schwäche. Deutschland aber habe im Innern vollkommen gefestigt da, und gerade die Zurechtweisung eines glücklichen Friedens gebe hier die Stärke, daß man im Deutschen Reich an Erneuerungen denken könne, die notwendig seien. (Sehr richtig! in der Mitte.) Denn gewaltige Aufgaben wirtschaftlicher und kultureller Art lägen nach dem Kriege, und für diese müsse man sich wappnen und rüsten, damit sie so erfüllt werden, daß man auch wirklich für Jahrhunderte Bestand haben könne. (Sehr richtig! in der Mitte.) So sei gerade der Wunsch auf die innere Erneuerung ein Zeichen der Stärke gegenüber dem äußeren Feinde. Es sei aber auch ein Zeichen der Stärke für die Verhältnisse im Innern. Dabei müsse er die Meinung abgeben, daß man diese Reform brauche, um in Deutschland demokratische Einrichtungen herzustellen und damit dem Geiste der Feinde von Militarismus und Herrschaft des Säbels entgegenzutreten. Diese Dinge bedürfen nicht, die monarchische Verfassung sei gefestigt und die parlamentarische Regierungswesen sei so fest gegründet, daß man beratige Antriebe nicht notwendig habe. (Abg. Rißschke-Deusch: Sehr richtig!) Dieser Zustand, wie er geschichtlich geworden sei und noch jetzt bestehe, habe in diesem Kriege die Probe glänzend bestanden. Reife als in irgendeinem feindlichen Lande sei bei uns die Volkstreu geblieben. Das deutsche Volk habe tatsächlich als ein freies Volk seinen Führern in den Krieg folgen können. Mit vollster Überzeugung sei es in den Krieg gezogen, nicht durch eine kleine Clique von Regierungsmännern sei es hineingetrieben worden, wie es in Frankreich, in England und in Rußland geschehen sei. Es bestehe bei uns gerade in diesem Kriege eine Einigkeit zwischen Regierung und Volk wie in keinem anderen Reiche. (Abg. Rißschke-Deusch: Sehr richtig!) Der monarchische Gedanke habe sich in diesem Kriege glänzend bewährt. Er stehe hier in scharfem Gegensatz zu den Worten, die Herrscherpräsident Frähdorf gesagt habe. Nicht nur draußen im Felde, sondern auch im Innern habe man einig da. Man habe sich innerlich näher kennen gelernt. Regierung und Regierte, Borgeleierte und Untertanen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer usw. hätten ein ganz anderes menschliches Verhältnis zueinander gefunden als vorher. Das treffe auch auf die politischen Parteien zu. Das Verhältnis der politischen Parteien untereinander sei viel vertrauensvoller geworden. Er hoffe deshalb auch, daß die Zersplitterung, die auf der linken Seite des Hauses erfolgt sei, wirklich nur ein Splitter sei und keineswegs einen großen Teil der Partei ausmache, sonst müsse man seine Haltung danach emrichen. Aber die Haltung der deutschen Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 habe man sich gefragt, aber solche Reden, wie sie jetzt im Reichstage gehalten worden seien und wie man sie auch hier schon gehört habe, seien doch geeignet, das vaterländische Empfinden auf tiefste zu verlegen und zu entschiedenem Widerspruch zu veranlassen. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Diese Vorgänge müsse man mit größter Aufmerksamkeit und mit einer gewissen Sorge verfolgen, und man müsse bei den eigenen politischen Entscheidungen einige Vorsicht walten lassen. (Unruhe links. Zurufe: Das ist unsere Sache!) Gegenwärtig wolle man sich aber die Freude an der inneren Geschlossenheit unseres gesamten Volkes und an der sowohl menschlichen wie politischen Annäherung der verschiedenen Stände und Kreise nicht beeinträchtigen lassen. Gerade diese innere Übereinstimmung in Verbindung mit der festen Siegeszuversicht gebe Deutschland die Kraft, schon jetzt noch während des Krieges auch an eine innere Erneuerung — er brauche dieses Wort absichtlich an Stelle von Reform — heranzugehen. Die Oberbotschaft Sr. Majestät des Kaisers sei ein offizieller Ausdruck von der Notwendigkeit einer solchen inneren Erneuerung. Auch das sächsische Volk habe in diesem Kriege keine politische Reife bewiesen. Nicht etwa als Dank für diese seine Tätigkeit im Kriege wolle man dem Volke ein Geschenk machen. Das Volk solle anerkannt und gewertet werden entsprechend seinen Leistungen. (Sehr richtig!) Die staatlichen Einrichtungen müßten entsprechend werden auf die wichtigsten und umfangreichen Zukunftsaufgaben. Es gelte, hier alle Kräfte freizumachen zur Beteiligung an den Aufgaben des Staates. Darum gelte es in erster Linie auch, die Selbstverwaltung zu stärken. Auf der Selbstverwaltung baue sich das politische Leben Sachsens auf. Möglichst alle Teile des Volkes müßten in weitestem Umfange an der Selbstverwaltung beteiligt werden. Und wie in der Selbstverwaltung, so gelte es, in allen anderen staatlichen Einrichtungen, allen Teilen des Volkes den ihrer Bedeutung für den Staat und die Allgemeinheit entsprechenden Wirkungskreis zu ermöglichen und zu gewährleisten. Und darum sei eine Durchsicht der gesamten Verfassungs- und Verwaltungsorgane unter diesem Gesichtspunkte notwendig. Jede große politische Umwälzung habe bisher auch immer große innere Reformen gezeitigt. Darum sei die gegenwärtige Zeit auch zu derartigen Arbeiten berufen. Deshalb sei seine Partei durchaus mit dem Antrag einverstanden, den die Sozialdemokraten in Nr. 373 dahin gestellt hätten, daß ein Ausschuss gebildet werde, dem Verfassungsfragen zu unterbreiten seien. Sie sichere ihre Mitarbeit zu und werde ohne alle Vorbehalten mit dem vorgeschlagenen Ausschuss zusammen zu arbeiten, und hoffe, daß man dort zu positiven Ergebnissen komme. Das Ziel dieser Arbeit müsse sein, daß dort ein volles Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den Ständen erreicht werde, daß dort das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und den Ständen gehoben werde. Aber noch viel wichtiger als dieser Punkt sei es, daß man eine volle Vollständigkeit der ganzen Verwaltung erreiche. (Sehr richtig! in der Mitte.), daß man erreiche, daß das ganze Volk bei der Verwaltung herangezogen werde und dadurch Vertrauen zur Verwaltung, zur Regierung und auch zu den Ständen gewinne. Das Volk habe sich im Kriege bewährt und sei im Kriege kein anderes Volk, als es im Frieden gewesen sei und auch im künftigen Frieden sein werde. Das Volk verdiene Vertrauen, und deshalb solle man ihm auch bei einer künftigen Neuorganisation des Staates volles Vertrauen entgegenbringen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Das gegenseitige Vertrauen des Staates zum Volke und

des Volkes zum Staate, das seien die beiden Grundlagen, die das gesamte künftige Staatswesen durchdringen müßten. Alle Teile des Volkes seien heranzuziehen. Er wolle keine Bevorzugung auch nur eines einzigen Teiles der Bevölkerung, auch nur eines einzigen Standes. Das seien die Gesichtspunkte, die für seine Fraktion im großen ganzen maßgebend seien bei ihrer Mitarbeit in der Deputation. Bezüglich der im einzelnen gestellten Anträge könne er sich kurz fassen. Was sie bezüglich der Reform der Ersten Kammer wünschten und beantragten, sei in diesem hohen Hause oft besprochen und verhandelt worden, lobend die Stellung seiner Partei bekannt sei. Nach dem Oberbefehl des Kaisers hätte er erwartet, daß eine gleiche Erklärung auch von Seiten der sächsischen Regierung kommen würde. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Er erwarte heute eine Erklärung der Regierung, daß sie beabsichtige, dem nächsten ordentlichen Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine gründliche Umgestaltung der Ersten Kammer vorgeschlagen werde. Jetzt stehe die Erste Kammer noch ganz auf dem Stande des 18. Jahrhunderts, nicht des 20. Jahrhunderts. Aber die Ursache liege nicht in der Art und Weise der Zusammensetzung der Ersten Kammer, sondern in den Persönlichkeiten der einzelnen Mitglieder. Seine Partei lehne nicht den Bestand der Ersten Kammer ab, sondern sie verlange endlich eine grundlegende Reform der Ersten Kammer, daß sie in modernem Sinne zusammengesetzt werde, daß alle Stände und Teile des Volkes in einer ihrer Bedeutung wirklich entsprechenden Weise Sitz und Stimme in der Ersten Kammer hätten, und zwar nicht nur durch Berufung, sondern durch Selbstwahl. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Daneben wolle man gern auch der Krone das Recht der Berufung lassen. Man wolle durchaus nicht die bestehenden Rechte antasten, soweit sie nicht unbedingt notwendigen Reformen weichen müßten. Auf Einzelheiten gehe er im übrigen nicht ein. Er betone nur nochmals, daß für sie die Erneuerung der Ersten Kammer die wichtigste und notwendigste Aufgabe sei, die jetzt erledigt werden müsse.

Rebner wendet sich dann zu den beiden Anträgen auf eine Erneuerung des Wahlrechts der Zweiten Kammer. Bei einem Wahlgesetz müsse in allererster Linie dem Erfordernisse der Gerechtigkeit Genüge getan werden. (Vizepräsident Frähdorf: Sehr richtig!) Es müsse allen Teilen des Volkes, allen Ständen und Berufsständen, allen Gruppen nach Möglichkeit Gelegenheit gegeben werden, in der Volksvertretung zum Ausdruck zu kommen und ihre Rechte wahrzunehmen. Bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der einzelnen Völker sei es durchaus richtig, wenn in den verschiedenen Staaten verschiedene Wahlgesetze beständen. Das jetzige Wahlgesetz in Sachsen sei noch neu, und es sei noch nicht Zeit (Hört, hört! links.), so darüber abzusprechen, wie es in diesem Hause geschehen sei. Man werde nicht leugnen können, daß man im Jahre 1909 ein liberales Wahlgesetz geschaffen habe, das den breiten Massen entgegenkomme sei. Obgleich man nichts Ideales erreicht, gewiss kein Bester darin. Aber es sei besser als dasjenige, das vorher gewesen sei und das in vielen anderen deutschen Bundesstaaten bestehe. Dieses Gesetz sei durchaus noch nicht erprobt, und man wisse noch nicht, welche Mängel die dringenden seien, an welcher Stelle eine Reform wirklich am besten einzusetzen habe. Darum gehe seine Partei nicht schwer an eine Reform dieses Gesetzes, weil man es in seiner praktischen Ausübung noch gar nicht kenne. (Abg. Rißschke: Sehr richtig!) Seine Partei wolle sich aber damit durchaus noch nicht befassen. Wenn in dem Ausschuss, in dem sie gern mitarbeiten wolle, Vorschläge gemacht würden, von denen man wirklich glaube, daß sie dem Wohl des sächsischen Staates unbedingt dienen, dann werde sie ihre Ritzhüte nicht verlegen. Jedenfalls müsse sie es ablehnen, das Reichstagswahlrecht ohne jede Einschränkung in Sachsen einzuführen. (Vizepräsident Frähdorf: Hört, hört! — Abg. Rißschke: Das ist doch nichts Neues!) Denn damit werde von vornherein ein einziger Stand, der Arbeiterstand, in die Lage gesetzt, unbedingt alle anderen zu majorisieren. Damit würde dem einen Teil der Bevölkerung in Sachsen ein Vorrat gemäß, das ihm die unbedingte Herrschaft in der Zweiten Kammer einräumen würde. Dann würde eine Entschädigung nach der anderen Seite eintreten. (Sehr richtig! rechts.) Das lehne er also ab. Er verlange gleiches Recht für alle, und darum wünsche er kein Wahlrecht, das von vornherein einer Seite den Sieg sichere, das also einen wirklichen Kampf verbinde. Viel mehr Grund hätte man natürlich, sich um eine andere, neue Wahlweise zu bemühen. Die jetzige Wahlweise, die die Scheidung zwischen Stadt und Land, wie sie jetzt bestehe, sei unter den heutigen Verhältnissen keine glückliche mehr. Aber diese Frage sei nicht so wichtig, um sofort ohne weiteres an eine Reform zu gehen, wenn man sie auch im Auge behalten werde. Da gebe es allerdings dringendere und wichtigere Aufgaben. Ebenso stehe es mit dem Frauenwahlrecht, so sehr er den Ausführungen des Vizepräsidenten Frähdorf über die großen Taten der Frauen zustimme. Er sei durchaus der Ansicht, daß man allmählich den Frauen Rechte einräume und auf diese Weise erproben solle, ob man auf dem Wege noch weitergehen könne bis zu dem endlichen Schlußschritt, ihnen auch das Wahlrecht zu geben. Die anderen im Antrag Nr. 8 erwähnten Gesetze müßten unbedingt durchgeprüft werden. Er sei deshalb durchaus damit einverstanden, daß der Antrag in seiner Gesamtheit der Deputation überwiegen werde. Ja, er gehe hier sogar noch weiter, er wolle diese Organisationsgesetze und Gemeindegeseetze nicht nur daraufhin durchprüfen, ob die darin enthaltenen Wahlbestimmungen reformbedürftig seien, sondern ob nicht auch noch andere Reformen eingeführt werden müßten. Er erinnere da nur an die ganze Beamtenabgabe einseitig der Disziplinargesetzgebung. Der Antrag Nr. 8 enthalte dann auch den grundlegenden Satz: vollständig und freiwillig solle die Erneuerung sein. Dem könne er vorbehaltlos zustimmen. Wie man aus seinen Ausführungen gehört habe, gehe seine Partei nicht in allen Ständen mit den Herren der fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei zusammen. Sie glaube aber, auf einem geeigneten Boden zu stehen und wohlwollende Grundzüge zu vertreten. In den Vorbergrund stelle sie das große Ziel, auch unser Sachsen zu wappnen und zu festigen für die großen, gewaltigen Aufgaben, welche die kommende Zeit bringen müsse. Darum wolle man ein Wort schenken, das bestrebe, und neuem Streben und neuem Leben den Weg öffne. (Lebhaftes Bravo!)

Staatsminister Graf Bischoff v. Gschäft

(nach den stenographischen Niederschriften):

M. D.: Die große Zahl verschiedener Anträge, welche heute auf der Tagesordnung stehen, sind alle unter einem gemeinsamen Gedanken eingebracht worden, unter einem Gedanken, der vielleicht bisher in der öffentlichen Meinung mehr gefühlsmäßig betont worden ist als gerade verhandelmäßig erfasst. Die Anträge betreffen sich, dieses Gefühl, daß eine Neuordnung, wie man gesagt hat, in der Luft liegt, durch praktische Vorschläge ins Werk zu setzen. Auch in der Presse ist dieser Gedanke der Neuorientierung, der Erneuerung, mit einer Leidenschaft erörtert worden, die eine gewisse Besonnenheit manchmal vermissen läßt. Ich meine, wenn gerade bei der Frage der Ersten Kammer in der Presse der Regierung und der Ersten Kammer selbst Mäßigkeit und Mangel an Einsicht vorgeworfen wird, so fördert das nicht das Ziel, dem

wir ja alle zustreben. Es ist mir daher nur willkommen, wenn mir durch die heute zur Verhandlung stehenden Anträge Gelegenheit gegeben wird, die etwas allgemeineren Gesichtspunkte mit Ihnen in aller Ruhe und Sachlichkeit durchzusprechen.

Das Verlangen nach einer Neuordnung knüpft ja an das große Erlebnis der letzten 3 Jahre an, an das Erlebnis des Weltkrieges, Weltkrieg und Neuordnung sind gewissermaßen die Pole, welche die Achse unserer Politik, unseres politischen Lebens festlegen sollen. Der sich nun immer mit dieser Frage beschäftigt, der wird zunächst schmerzlich berührt, schmerzlich berührt dadurch, daß ein Ereignis, bei dem deutsche Tüchtigkeit, deutscher Opfermut, Einigkeit und Heldentum in einer Weise sich bewährt hat wie noch nie in der deutschen Geschichte, daß dieses Ereignis und Erlebnis zum Anlaß wird zu Kämpfen, die eine Zeit lang den inneren Frieden zu bedrohen schienen. Es dürfte erwartet werden, daß die noch keineswegs überwundene äußere Gefahr, die der gegenwärtige Krieg über das deutsche Volk gebracht hat, eine Einheitlichkeit des Willens und der Entschlossenheit hätte hervorrufen müssen, der gegenüber alle anderen Gegenstände zurücktreten würden. Zu dieser Hoffnung waren wir um so mehr berechtigt, als wir es in den wundervollen Augusttagen 1914 erlebt haben, wie das deutsche Volk das Bewußtsein seiner Einheit und seiner Bedeutung seines inneren Lebens gewann. Damals schien es, als ob das deutsche Volk nur einen Körper hätte, der von einem Willen, von einem Hosen befehl war. Heute finden wir diese Geschlossenheit noch, aber draußen im Schlingengarten bei denen, welche die größten Opfer täglich und stündlich bringen. Bei uns, bei den Taubeingeblichenen scheint diese Geschlossenheit nicht mehr als so notwendig empfunden zu werden.

Aber, m. D., ich will nicht Anklagen gegen Anklagen erheben. Ich möchte aber doch auf diese Gegenstände hinweisen, denn nur dadurch, daß wir sie besprechen, können wir auch wieder zur alten Einheit zurückkehren.

M. D.: Es ist wohl verständlich, daß der Schwung der ersten Begeisterung, die uns in den Augusttagen des Jahres 1914 ergriff, nicht immer fortbauern konnte. Es ist ja eine Erscheinung, die man auch am menschlichen Körper erlebt, daß nach einer starken Nervenanspannung eine gewisse Entspannung eintritt. Und die mußte ja auch bei unserm Volke eintreten.

Aber der wirkliche Grund für die bestehenden Gegenstände scheint doch tiefer zu liegen. Er liegt darin, daß die Wirkung des Krieges auf den einzelnen eine durchaus verschiedene ist und verschiedene sein muß je nach der Länge des Krieges. Wir brauchen nicht zu verdrängen, daß der eine im Kriege Glück, Ruhm und Ehre findet, der andere vielleicht verwundet, vielleicht zum Krüppel gelassen noch Hause kommt. Der eine erwirbt sich ein großes Vermögen, der andere verliert das, was er in einem arbeitsamen Leben mühsam eripart hat, in jedem Zusammenbruch. Es ist wohl verständlich, daß eine derartige Verschiedenheit der Wirkung Klagen und Wünsche hervorruft, die sich auf die Dauer nicht zurückdrängen lassen. Und, m. D., wo diese Klagen und diese Wünsche geschildert sind auf eine Heilung der Wunden und auf einen Ausgleich der Schäden, da sind sie ja nur zu berechtigt, und Regierung und Volk haben diese Berechtigung durchaus anerkannt. Ich meine, insonderheit unser sächsisches Vaterland ist wohl musterhaft vorangegangen darin, indem es den Dank der Heimat in einer großartigen Stiftung und Organisation zum Ausdruck gebracht hat. Dieser Dank der Heimat hat sich in warmen Herzen und offenen Händen bewährt, und das schöne Ergebnis unserer letzten Sammlung, das ja über 2 1/2 Mill. M. erbracht hat, ist ein glänzendes Zeugnis für die Opferbereitschaft unseres Volkes und für den Willen, durch einmütige Arbeit sich zusammenzuschließen und den Helden unseres Krieges die Not zu erleichtern und die Sorgen abzunehmen, die sie mit nach Hause bringen.

Und, m. D., werden aber auch weitere Wünsche angemeldet, und ich weiß sehr wohl, daß es die besten und führenden Persönlichkeiten unseres Volkes sind, welche das Gefühl einer weiteren Entlastung haben. Sie sagen, die Opfer, die gebracht worden sind, dürfen nicht vergeblich gebracht worden sein; das deutsche Volk hat einen Anspruch auf einen Ausgleich durch eine Hebung seines Lebensstandes. M. D.: Diese Wünsche sind mir, menschlich geistvoll, durchaus verständlich, aber in ihrer Weise und Unbestimmtheit enthalten sie doch eine gewisse Gefahr.

M. D.: Wir vertrauen ja alle darauf, daß der siegreiche Ausgang des Krieges, dem wir hoffentlich nahestecken, und die Möglichkeit gibt, einen großen Teil der Lasten, die der Krieg verschuldet hat, auf die Schultern unserer Feinde abzuwälzen. (Abg. Kisthammer: Sehr richtig!) Aber eine große Menge an Opfern, an blühenden Menschenleben und an Gesundheit, die gebracht worden sind, werden immer nur ihren Lohn finden in dem Bewußtsein, daß damit eine größere Gefahr vom Vaterlande abgewendet worden ist. Vor allen Dingen die Taubeingeblichenen werden dankbar der Tatsache gedenken müssen, daß durch die heldenmütigen Kämpfe das und für unser Vaterland verschont worden sind, und daß darin der größte und schönste Erfolg dieses Krieges liegen wird.

Sobald nun aber der Ausgleich auf das Gebiet der inneren Politik hinübergelieft wird, müssen ja diese Verschiedenheiten der Wirkungen und der Interessen doch größere Spannungen hervorrufen. Das ist um so bedenklicher als ja die Aussicht, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, nur dann besteht, wenn wir in diesen letzten ersten Zeiten ohne alle Rücksicht auf persönliche Interessen nur daran denken, unsere ganze Kraft einzusetzen, um dem Feinde alles zu liefern, was es nötig hat, Munition, Nahrungsmittel und Kriegsgerät, was es immer auch sei. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

M. D.: Der Hr. Abg. Frähdorf hat in seinen Ausführungen gesagt, es sollten der Zukunft schwere politische Kämpfe erwidert werden, und deswegen sollten die Reformen gleich jetzt eingeführt werden. Ich fürchte, daß er in dieser Beziehung doch etwas zu optimistisch denkt, daß die schweren politischen Kämpfe unvermeidlich sind, und daß gerade deswegen die gegenwärtige Zeit nicht geeignet ist, uns in diese schweren politischen Kämpfe zu führen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Hr. Abg. Frähdorf hat in seinen Ausführungen in diesem Zusammenhange auch mir gegenüber betont, daß die sozialdemokratische Partei eine nationale Partei sei. M. D.: Ich habe das nicht bestritten, und ich will das nicht bestritten. Ich erkenne an, daß die sozialdemokratische Partei ihre Pflicht gegen das Vaterland durchaus erfüllt hat, aber ich meine, daß eine nationale Partei doch auch so viel Selbstsucht übernehme, daß sie sich vor Reden hütet, die in dem Auslande einen falschen Eindruck erwecken können. (Zuruf des Abg. Frähdorf.) Die Ausführungen, die Hr. Abg. Scheidemann gestern im Reichstage gemacht hat, waren gewiß nicht so gemeint, wie sie wirken müssen. Sie müssen aber im Auslande so wirken, daß unsere Gegner nur alle Anforderungen auf Gebietsabtretungen ablehnen sollten, denn wenn die deutsche Regierung sich unterlegen sollte, auf Gebietsabtretungen zu bestehen, so würde die Sozialdemokratie schon dafür sorgen, daß die Revolution im Lande ausbräche. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Ich glaube nicht, daß es in diesem Sinne gemeint war, aber es wirkte so, und wird im Auslande so ausgebeutet werden. (Sehr richtig! in der Mitte.)

M. D.: Ich sagte vorher, ich glaube nicht, daß die gegenwärtige Zeit dazu angetan ist, politische Kämpfe anzuzufachen, und deswegen würde ich es für richtig halten, die Reformen, die Sie wünschen, und die Erörterungen darüber jetzt zurückzustellen. Trotzdem bin ich bereit, über einige Punkte allgemeiner Natur zu sprechen. Ich sage, das Kriegsergebnis und die Kriegswirkung sei eine durchaus ver-